

Parteien zur Sprachpolitik Bundestagswahl 2013

Erlangen, 13. September 2013 – Zur Bundestagswahl am 22. September haben sich alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in ihren Wahlprogrammen mit Sprachpolitik auseinandergesetzt. Die Zeitschrift DEUTSCHE SPRACHWELT hat wie schon zur Bundestagswahl 2009 die Programme der Parteien geprüft, um sprachbewußten Wählern bei ihrer Entscheidung zu helfen. Außer den Wahlprogrammen der Parteien, die bereits im Bundestag vertreten sind, wurden noch diejenigen der Piratenpartei, der Alternative für Deutschland (AfD) und der Freien Wähler hinsichtlich sprachpolitischer Forderungen untersucht.

Inhalt

Seite 2: Einzelne Ergebnisse

Seite 3: Sprachpolitische Forderungen der Parteien im Überblick

Seite 5: Sprachpolitische Aussagen in den Bundestagswahlprogrammen

CDU/CSU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, Die Linke, Piratenpartei,
Alternative für Deutschland, Freie Wähler

Einzelne Ergebnisse

1. Die meisten sprachpolitischen Forderungen der Parteien beziehen sich auf die Einwanderungspolitik.
2. CDU und CSU bekennen sich als einzige Parteien ausdrücklich zur Sprachpflege. Die Union lehnt zum Beispiel unnötige Anglizismen ab. Allerdings wollen CDU und CSU Englisch als Wissenschaftssprache fördern. Außerdem fordern sie nicht die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz, trotz eines entsprechenden Parteitagsbeschlusses der CDU vom Dezember 2008. Die Forderung nach Besserstellung der deutschen Sprache in der Europäischen Union wirkt ungläubwürdig, weil die unionsgeführte Bundesregierung hier seit Jahren zu wenig tut.
3. Die sprachpolitischen Forderungen der SPD zielen ausschließlich auf Einwanderer. Die Sozialdemokraten setzen besonders auf die Förderung der Mehrsprachigkeit.
4. Bündnis 90 / Die Grünen wollen als einzige Partei in den Sprachgebrauch politischer Gegner eingreifen, indem sie nämlich „neue rechte Sprachweisen“ bekämpfen. Außerdem setzen sie sich für die Förderung einer vereinfachenden „leichten Sprache“ ein.
5. Die FDP setzt sich besonders stark für die englische Sprache ein. Die Freien Demokraten wollen Englisch als Wissenschaftssprache, Verwaltungssprache und Gerichtssprache fördern.
6. Das Wahlprogramm der Partei „Die Linke“ gibt es auch in Englisch, Polnisch, Russisch und Türkisch. Die Partei setzt auch sonst auf Mehrsprachigkeit. Besonders will sie die Sprachen angestammter Minderheiten – etwa Sorbisch – fördern.
7. Die Piratenpartei will vor allem fremde Muttersprachen in Deutschland unterstützen. So will sie etwa den Schulunterricht in den Muttersprachen der Einwandererkinder fördern. Die Forderungen der Piraten finden sich in ähnlicher Weise auch in den Wahlprogrammen von Bündnis 90 / Den Grünen und der Linkspartei.
8. Die „Alternative für Deutschland“ beschäftigt sich als einzige untersuchte Partei in ihrem Wahlprogramm nicht mit Sprachpolitik.
9. Die Freien Wähler sehen in der Stärkung der deutschen Sprache einen Beitrag zur kulturellen Vielfalt in Europa.

Sprachpolitische Forderungen der Parteien im Überblick

CDU/CSU:

- Deutsche Sprache in der EU stärken, Gleichrangigkeit mit Englisch und Französisch
- Erlernen von Fremdsprachen fördern
- Deutsch als Fremdsprache fördern
- Sprachtests für alle Kinder ab 3 Jahren
- verpflichtende Sprachförderung in Kindergarten und Schule
- Ausbau englischsprachiger Studienangebote
- Deutschkenntnisse von Zuwanderern fördern
- Förderung des Niederdeutschen und der Sprachen der nationalen Minderheiten
- Förderung der deutschen Sprache im Ausland sowohl als Muttersprache als auch als Fremdsprache
- Sprachpflege, Verzicht auf unnötige Anglizismen

SPD:

- Sprachkurse für Einwanderer, um die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen
- Sprachförderung in Kindergärten, um die Integration zu unterstützen
- Sprachförderung bei Einwandererkindern in der Schule
- Förderung der natürlichen Zwei- oder Mehrsprachigkeit

Bündnis 90 / Die Grünen:

- Sprachbildung in Kindergärten und Schulen fördern
- Gesundheitliche Beratung in der Herkunftssprache
- verständlichere Informationen für Verbraucher
- Bekämpfung „neuer rechter Sprachweisen“
- Verwendung „leichter Sprache“ im öffentlichen Raum
- Nachzug ausländischer Ehegatten auch ohne Deutschkenntnisse
- Deutschkurse für Flüchtlinge

FDP:

- vorschulische Sprachförderung
- Sprachtests für alle Kinder ab 4 Jahren
- mehr Fremdsprachen an Hochschulen einsetzen
- Einwanderer und Asylbewerber sollen die deutsche Sprache lernen
- Förderung von Englisch als Verwaltungssprache
- Förderung von Englisch als Gerichtssprache im Handelsrecht
- islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache
- Förderung der deutschen Sprache im Ausland

Die Linke:

- Förderung einer mehrsprachigen Verwaltung, indem mehr Einwanderer Dienst leisten
- Förderung der Zweisprachigkeit von Einwanderern
- Förderung der anerkannten Minderheitensprachen
- freiwillige Deutschkurse für Einwanderer
- muttersprachliche psychotherapeutische Versorgung traumatisierter Flüchtlinge

Piraten:

- Rechtsanspruch für Asylbewerber auf Dolmetscher
- Mehrsprachigkeit bei Einwanderern fördern
- Nachzug ausländischer Ehegatten auch ohne Deutschkenntnisse
- Mehrsprachigkeit in der Verwaltung fördern
- Schulunterricht nicht nur in deutscher Sprache, sondern auch in Einwanderersprachen
- Deutschkurse für Einwanderer sollen grundsätzlich kostenlos sein

Alternative für Deutschland:

- *[keine sprachpolitische Forderung]*

Freie Wähler:

- Einwanderer sollen die deutsche Sprache kennen
- Deutschkurse für Einwanderer
- Entscheidungen und Informationen der EU muß es in allen Amtssprachen geben
- Stärkung der deutschen Sprache als Beitrag zur kulturellen Vielfalt in Europa

Partei	<p style="text-align: center;">Sprachpolitische Aussagen in den Bundestagswahlprogrammen</p>
CDU/CSU	<p>Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen in der Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, die deutsche Sprache in Europa weiter zu stärken. Unser Ziel ist, dass sie in den EU-Behörden und -Verwaltungen mit dem Englischen und Französischen gleich behandelt wird. (Seite 15)</p> <p>Europa lebt von der Begegnung seiner Menschen Wir wollen, dass Europa für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erlebbar ist und sie damit ihr berufliches und privates Leben bereichern können. Daher setzen wir uns für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in Europa ein. (Seite 16)</p> <p>Wir wollen die klügsten Köpfe nach Deutschland holen Zum Abbau von Sprachbarrieren wollen wir die Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache verbessern. (Seite 21)</p> <p>Gleiche Bildungschancen von Anfang an Kinder sind geborene Entdecker und Forscher. Von Kindesbeinen an wollen sie herausfinden, wie die Welt um sie herum funktioniert. Mit einer guten frühkindlichen Bildung und Erziehung unterstützen wir sie dabei. Leider gibt es eine wachsende Zahl von Kindern, die zu Hause von ihren Eltern nur unzureichend die deutsche Sprache lernen. Daher setzen wir uns für Sprachtests für alle Kinder ab drei Jahren ein. Wo sich herausstellt, dass die Sprachkenntnisse nicht ausreichen, soll eine verpflichtende Sprachförderung in der Kita und in der Schule erfolgen. (Seite 32)</p> <p>Ziel muss es sein, die besten Studenten und Forscher weltweit an unsere Hochschulen zu holen. Dazu wollen wir englischsprachige Studienangebote sowie in internationaler Kooperation gemeinsam angebotene Studiengänge weiter ausbauen. (Seite 36)</p> <p>Auch die Förderung von Sprachkenntnissen ist für uns zentral. Deshalb wollen wir Schwerpunkt-Kitas sowie die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern weiterhin unterstützen. (Seite 62)</p> <p>Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache weiter konsequent fördern. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir erwarten von Zuwandernden, dass sie die deutsche Sprache erlernen. Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen. (Seite 65)</p> <p>Nationale Minderheiten Die vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen, deutsche Sinti und Roma – gehören mit ihren Traditionen ebenso wie die niederdeutsche Sprache zur kulturellen Vielfalt unseres Landes, die es zu bewahren gilt. Deshalb sollen bestehende Förderungen fortgeschrieben werden. CDU und CSU stehen an der Seite der deutschen Volksgruppen in Osteu-</p>

	<p>ropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sie nehmen eine wichtige Brückenfunktion wahr. Von zentraler Bedeutung ist dabei, die deutsche Sprache lebendig zu halten. Deshalb wollen wir insbesondere deutsche Sprachangebote und Bildungseinrichtungen vor Ort verbessern. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass denjenigen, die in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, eine Perspektive zum Bleiben geboten wird. (Seite 80)</p> <p>Pflege der deutschen Sprache</p> <p>Die deutsche Sprache ist wesentlicher Ausdruck unserer reichen Kultur. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Pflege unserer Sprache, wollen ihre Ausdruckskraft erhalten und daher auf unnötige Anleihen zum Beispiel aus der englischen Sprache verzichten sowie auf verständliche Texte achten. Derzeit erleben wir, dass das Interesse an unserer Sprache weltweit zunimmt: Die Goethe-Institute, die deutschen Auslandsschulen und die Deutsche Welle leisten einen wichtigen Beitrag dazu, diesen Bedarf zu decken. Wir werden auch in Zukunft für das Deutschlernen werben und die benötigten finanziellen Mittel zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland bereitstellen. (Seite 103)</p>
<p>SPD</p>	<p>Unser Ziel ist es, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Wir werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und die Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch nachholende Qualifizierung wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung. (Seite 30)</p> <p>Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundeseite durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen. (Seite 43)</p> <p>Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der Sprachförderung vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Wir sehen in der natürlichen Zwei- oder Mehrsprachigkeit ein wichtiges Potenzial, das durch eine gezielte sprachliche Förderung realisiert werden kann. (Seite 44)</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Gerade jungen Flüchtlingen muss der Zugang zu einer Ausbildung und einem qualifizierten Berufseinstieg erleichtert werden. Neben sprachlichen Herausforderungen und sozialer Herkunft sind oft auch verdeckter Rassismus und Vorurteile ein Hinderungsgrund, erfolgreich Fuß zu fassen. (Seite 94)</p>

Bildung beginnt in der Familie. Deshalb ist es uns wichtig, Eltern zu stärken – durch den Ausbau der frühen Hilfen und der Familienberatung, durch Eltern-Kind-Zentren als Unterstützungsstruktur für alle Eltern und frühzeitige Sprachkurse. Gute Bildungsinstitutionen arbeiten eng mit den Eltern zusammen und sind vernetzt. Bildung schafft Zukunft, für unsere Kinder, für uns selbst. Doch zunächst müssen wir eine Zukunft für unsere Bildungsinstitutionen schaffen. (Seite 105)

Darüber hinaus wollen wir die Sprachbildung in Kitas und Schulen stärken. Sprachbildung muss frühzeitig ansetzen, in den Alltag der Kinder und Jugendlichen integriert sein und ihre Familiensprachen mit einbeziehen. (Seite 109)

Wir wollen eine interkulturelle Öffnung der gesundheitlichen Regeldienste und falls erforderlich ein herkunftssprachliches Beratungsangebot. Für Flüchtlinge und Menschen „ohne Papiere“ muss der Zugang zur gesundheitlichen Grundversorgung gesichert sein. (Seite 127)

Grüne Verbraucherpolitik erleichtert es, mit dem Einkaufskorb Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Dafür brauchen VerbraucherInnen bessere und leicht verständliche Informationen in Alltags- und leichter Sprache. (Seite 180)

Neue rechte Initiativen versuchen besonders im Internet gezielt mit einer jugendlichen Sprache und einem optisch ansprechenden Stil junge Menschen anzusprechen und so ihre Ideologien, ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und im speziellen ihren antimuslimischen Rassismus zu propagieren. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken. Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz. (Seite 214)

Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Dabei verstehen wir Barrierefreiheit umfassend als Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose Menschen und solche mit Lernschwierigkeiten. Visuelle und akustische Nutzbarkeit oder die Verwendung leichter Sprache gehören für uns ebenso dazu wie Stufenlosigkeit und taktile Leitsysteme. Kulturelle, sportliche und künstlerische Darbietungen sind ebenso barrierefrei zu gestalten wie Bildungsangebote auf allen Ebenen. Bislang wird das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, weil diese Möglichkeiten nicht erfüllt werden. (Seite 229f.)

Deshalb wollen wir die Qualität von Integrationskursen und Sprachförderung in Kitas verbessern, Deutschkurse im Inland für alle Interessierten öffnen, Mehrsprachigkeit als Ressource nutzen und ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen. (Seite 231)

Den Nachzug von ausländischen Ehegatten und eingetragenen LebenspartnerInnen wollen wir wieder erleichtern, denn Deutsch lernt man am besten im Alltag. Den Sprachtest im Ausland als Vorbedingung schaffen

	<p>wir ab. (Seite 232)</p> <p>Auch wollen wir Flüchtlingen von Anfang an den Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen, Spracherwerb und Kommunikationsmedien eröffnen. (Seite 234)</p>
<p>FDP</p>	<p>Die frühkindliche, vorschulische Bildung soll so gestaltet sein, dass die Kinder vor allem durch die Vermittlung sprachlicher Kompetenzen auf die Schule vorbereitet sind. (Seite 27)</p> <p>Für mehr Internationalität im Bildungswesen wollen wir den verstärkten Fremdspracheneinsatz im Rahmen von Lehrveranstaltungen unter anderem an Hochschulen stärken sowie mehr internationale Studenten, Lehrbeauftragte und Forscher gewinnen und das bisher oft ungenutzte Potenzial der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund erschließen. (Seite 29)</p> <p>Wir sind überzeugt: Wer an dieser Gesellschaft teilhaben möchte, wer sich einbringen will, der soll hier auch eine Heimat finden können. Dafür können wir in Deutschland Hindernisse abbauen und Türen öffnen. Gleichzeitig ist aber auch die Bereitschaft zur Teilhabe Voraussetzung für das Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft. Dazu gehört insbesondere die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen sowie die vorbehaltlose Akzeptanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. (Seite 46)</p> <p>Auch darum haben wir beispielsweise die Mittel für Integrationskurse erhöht, die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung in den Ländern weiter erhöht und Initiativen zur sprachlichen und beruflichen Bildung unterstützt. ... Integration ist unmöglich, ohne gemeinsame Sprache und die Akzeptanz der republikanischen Werte unserer Verfassung. Deshalb wollen wir Integrationskurse als zentrales Element weiter stärken und hier insbesondere auch die frühzeitige Integration von Kindern verstärkt in den Blick nehmen. Die Integrationskurse sollen auch auf Geduldete und Asylbewerber ausgedehnt werden. Sie sind oft jahrelang in Deutschland, und müssen daher die Möglichkeit erhalten, Deutsch zu lernen, um am Arbeits- und Sozialleben teilnehmen zu können. ... Auf dem Weg dorthin wollen wir auch die bestehenden Gehaltsgrenzen für die Einwanderung weiter absenken und anfängliche Sprachbarrieren abbauen. Hierzu soll, unabhängig von der mittel- bis langfristigen Förderung von Deutsch als Fremdsprache, Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeitssprache in Bereichen der öffentlichen Verwaltung gefördert und etabliert werden, die für die gezielte Zuwanderung relevant sind. (Seite 47)</p> <p>Sprache ist der Schlüssel zur Bildung, zum Erfolg und zu gesellschaftlicher Integration. Es ist daher ein Gebot der Fürsorgepflicht des Staates, dafür zu sorgen, dass kein Kind abgehängt wird. Sprachstandtests für alle Kinder im Alter von vier Jahren sind Voraussetzung dafür, dass alle die gleichen Chancen haben. Bei Bedarf sind eine gezielte Sprachförderung vor der Schule sowie darüber hinausgehende unterrichtsbegleitende Sprachprogramme notwendig. Wir wollen Eltern verstärkt aufklären und befähigen, ihre Kinder zu unterstützen. Programme zur kombinierten Sprachförderung von Eltern und Kindern zeigen vorbildliche Erfolge. Auch sind Angebote für Kinder oftmals der beste Anknüpfungspunkt zur nachholenden Integrationsförderung für Eltern. ... Muslime sind Teil der deutschen Gesellschaft. Das muss sich auch im Schulunterricht widerspiegeln. Es muss</p>

	<p>selbstverständlich werden, dass bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Schulen erteilt wird, sofern generell Religionsunterricht an staatlichen Schulen stattfindet und dieser in das Wertesystem des Grundgesetzes eingebettet ist. (Seite 48)</p> <p>Vor den Kammern für Handelsrecht soll künftig auch in englischer Sprache verhandelt werden können. (Seite 56)</p> <p>Besonders angesichts unserer demographischen Herausforderungen sind wir auf motivierte Hochqualifizierte aus anderen Ländern angewiesen. Wichtig ist dafür die Förderung der deutschen Sprache, die weiterhin im Zentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik stehen muss. Die weltweite kulturelle Präsenz Deutschlands durch Mittlerorganisationen wie Goethe-Institute und Auslandsschulen soll weiter vorangetrieben werden. Deutsche Auslandsschulen sind fester Bestandteil der deutschen Kultur- und Bildungspolitik. Sie sind Botschafter deutscher Bildungspolitik und spielen auch für die Außenwirtschaft, die internationalen Beziehungen und die Wertevermittlung eine große Rolle. Sie bekommen daher auch zukünftig unsere volle Unterstützung. Wir werden uns dafür einsetzen, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell weiterhin auszustatten. Sie ist eine tragende Säule der deutschen Außenpolitik. (Seite 88)</p>
Die Linke	<p>Der öffentliche Dienst ist Vorbild in Sachen Ausbildung. Der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund soll erhöht werden, auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten. (Seite 29)</p> <p>Das Bildungssystem muss so verändert werden, dass Vielfalt der Herkunft und des kulturellen Hintergrundes als Chance begriffen werden kann, damit die Benachteiligung von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen beendet wird. Besondere Fähigkeiten wie Zweisprachigkeit müssen gezielt gefördert werden und schlechtere Startchancen sind auszugleichen. (Seite 34)</p> <p>Wir wollen die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene stärken und eine angemessene Ausstattung der Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen erreichen. (Seite 44)</p> <p>Wir wollen eine Verbesserung und Ausweitung eines auf Freiwilligkeit basierenden Integrations- und Sprachkursangebots. Die Beschäftigungssituation und Bezahlung der Lehrkräfte muss grundsätzlich so gestaltet werden, dass gute Arbeitsbedingungen, sichere Beschäftigungsverhältnisse und faire Löhne gesichert sind. ... Notwendig sind strukturelle Veränderungen. Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen sind durch den Bund und die Länder mit den Mitteln auszustatten, die den gewachsenen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Wissenschaft sowie Basis- und Hochkultur entsprechen. Medien in den Minderheitensprachen müssen weiterhin ihren Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Sprachen leisten können. (Seite 78)</p> <p>Traumatisierte Flüchtlinge müssen muttersprachliche psychotherapeutische Versorgung erhalten. (Seite 79)</p>

<p>Piraten</p>	<p>Die Piratenpartei setzt sich außerdem dafür ein, Asylsuchenden einen rechtlichen Anspruch auf eine juristische Vertretung sowie auf eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher zu gewährleisten, um diese nicht zusätzlich mit hohen Kosten, organisatorischen Schwierigkeiten und sprachlichen Barrieren zu belasten. (Seite 20)</p> <p>Mehrsprachigkeit als Chance begreifen und fördern Eine zweisprachige Sozialisation wird in Deutschland nur bei populären Sprachen geschätzt. Die Piratenpartei sieht in der Mehrsprachigkeit auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Qualifikationsmerkmal. Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. Dafür müssen die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus bilinguaem Unterricht, z. B. an Europaschulen, für alle Schulen verfügbar gemacht werden. (Seite 44)</p> <p>Erleichterung des Ehegattennachzugs Die Familie steht laut Grundgesetz unter besonderem Schutz. Dennoch ist es für Ehegatten, die aus Nicht-EU-Ländern stammen, Pflicht, noch vor der Einreise nach Deutschland einen Sprachkurs Deutsch zu belegen und erfolgreich abzuschließen. Wir Piraten sehen hierin vor allem eine Abschreckungsmaßnahme gegenüber Ehegatten, die finanziell nicht gut ausgestattet sind, da Deutschkurse im Ausland oft teuer und mitunter mit hohem Aufwand verbunden sind. Wir fordern die Abschaffung der verpflichtenden Deutschkenntnisse noch vor der Einreise. Es ist vollkommen ausreichend, wenn nachziehende Ehegatten hier vor Ort Deutschkurse belegen. (Seite 99)</p> <p>Interkulturelle Öffnung der Verwaltung Um den Anforderungen einer vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden, setzen wir uns für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Dies beinhaltet mehrsprachige Angebote in Formularen und auf Webseiten der Behörden sowie die Aus- und Weiterbildung von Bediensteten in interkultureller Kompetenz. (Seite 101)</p> <p>Mehrsprachigkeit ist ein Wert, den es zu fördern gilt. Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Der muttersprachliche Unterricht sollte bestehende Sprachfähigkeiten zertifizieren und somit als Qualifikation wertschätzen. Die Didaktik von „Deutsch als Zweitsprache“ soll stärker in die Lehrerausbildung und die Fortbildungen eingehen. (Seite 103)</p> <p>Freier Zugang zu Deutschkursen Zur Zeit wird die Kursgebühr für die verpflichtenden Deutschkurse für Zuwandernde bis zum Sprachniveau B1 übernommen, wenn diese nicht in der Lage sind, die Kursgebühr aufzubringen (z. B. ALG II beziehen). Dieses Sprachniveau reicht gerade aus, um einfachen Berufstätigkeiten nachzugehen. Für ein Studium jedoch ist zum Beispiel das höhere Niveau C2 Voraussetzung. Wir fordern, dass die Sprachkurse generell kostenfrei sind, um Inklusionsbarrieren abzubauen oder dass zumindest die Kursgebühren für Bedürftige auch für weiterführende Kurse übernommen werden. (Seite 104)</p>
----------------	---

AfD	<i>[Für die „Alternative für Deutschland“ ist die Sprache kein Thema.]</i>
Freie Wähler	<p>Die Integrationspolitik der FREIEN WÄHLER stellt den Menschen in den Mittelpunkt – egal, welcher Kultur – fordert Offenheit im sozialen Miteinander und plädiert für die Kenntnis der deutschen Sprache. (Seite 28)</p> <p>Ausreichende und effektive Angebote zur Sprachförderung für Bürger mit Migrationshintergrund. (Seite 29)</p> <p>Die Transparenzfrage klären: Entscheidungen der EU müssen für die Bürger nachvollziehbar gemacht werden. Es liegt dabei auch in der Verantwortung der nationalen Politiker, Gründe für eigenes politisches Versagen nicht auf Brüssel zu schieben, positive Entwicklungen der EU angemessen zu würdigen und den Bürgern mitzuteilen. Europäisches Recht muss vereinfacht werden, politische Entscheidungen und Informationen der Europäischen Institutionen leicht abrufbar sein und durchwegs in allen Amtssprachen kommuniziert werden. (Seite 42f.)</p> <p>Eine Stärkung der kulturellen Vielfalt in Europa. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der deutschen Sprache als meistgesprochene Muttersprache in Europa ein. (Seite 44)</p>